

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(19. Ausschuß)
über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorge-
legten Vorschlag der Kommission der EWG für eine
Verordnung des Rats über die Festlegung der Kriterien für die
Interventionsregelung auf dem Rindfleischmarkt

— Drucksache IV/2156 —

A. Bericht des Abgeordneten Wächter

Die Vorlage wurde dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Schreiben des Herrn Bundestagspräsidenten vom 17. April 1964 zur Beratung überwiesen.

Der Ausschuß nahm in seiner Sitzung vom 22. April 1964 einen eingehenden Bericht des zuständigen Ministeriums über den von der Kommission vorgelegten Vorschlag entgegen. In der anschließenden Stellungnahme des Ausschusses wurde von allen Fraktionen die Notwendigkeit einer rechtzeitigen und wirksamen Intervention hervorgehoben. Da nach dem Vorschlag der Kommission erst mit einer Intervention begonnen werden kann, wenn während zwei aufeinanderfolgenden Märkten der Interventionspreis — 96 vom Hundert des Orientierungspreises — unterschritten worden ist, besteht nach einmütiger Auffassung des Ausschusses

die große Gefahr, daß während dieser Zeit die Preise weiterhin sinken bzw. zusammenbrechen.

Der Ausschuß vertrat daraufhin die Meinung, daß rechtzeitig mit der Intervention begonnen werden muß, und zwar wenn der Marktpreis schon an einem Markttage unter dem Interventionspreis liegt und erforderliche Käufe für die vorgeschriebenen Reserven auch schon vor Erreichen des Interventionspreises auf den Märkten getätigt werden dürfen.

Der Ausschuß vertrat die Auffassung, daß die im Ausschußantrag aufgeführten Maßnahmen von der Bundesregierung bei den künftigen Verhandlungen in Brüssel energisch vertreten werden sollten.

Namens des Ausschusses bitte ich das Hohe Haus, dem Ausschußantrag zuzustimmen.

Bonn, den 23. April 1964

Wächter
Berichtersteller

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Vorschlag der Kommission — Drucksache IV 2156 — zur Kenntnis zu nehmen;
2. die Bundesregierung zu ersuchen, bei den Verhandlungen in Brüssel darauf hinzuwirken, daß
 - a) Maßnahmen bereits mit Erreichen des Interventionspreises, und zwar in Höhe von 96 v. H. des Orientierungspreises zu ergreifen sind,
 - b) der Beginn der Intervention schon einsetzen soll, wenn der Marktpreis an einem Markttag unter dem Interventionspreis liegt,
 - c) die notwendigen Vorratsbestände auch in Zeiten ersetzt werden können, wenn der Interventionspreis noch nicht unterschritten worden ist.

Bonn, den 23. April 1964

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bauknecht
Vorsitzender

Wächter
Berichterstatter